



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/114

Hannover, 13. September 1949

Geburtswehen einer Regierung

(sp) Bonn, 13. September

Die ungeteilte Aufmerksamkeit in Bonn richtet sich zur Stunde auf die Zusammensetzung der kommenden Bundesregierung. Der Verlauf der Wahl des Bundespräsidenten lässt vermuten, dass es in der Frage der Bundesregierungsbildung keine grundsätzlichen Schwierigkeiten mehr geben wird, auch wenn die Verteilung der Ressorts noch nicht beendet ist.

Auch die Zahl der ministeriellen Ämter selbst steht noch nicht fest, was wiederum mit den Ansprüchen der einzelnen Parteien auf eine Vertretung von bestimmter ziffermäßiger Stärke in der Regierung zusammenhängt. Das ist an sich schon ein wenig erfreulicher Gesichtspunkt, denn die Festsetzung der Zahl der Ministerien sollte allein nach sachlichen Gesichtspunkten und nicht nach parteipolitischen Bedürfnissen erfolgen. Man hat aber offenbar in den Parteien, die aller Voraussicht nach die künftige Regierung bilden werden, kein Gefühl dafür, wie wenig Anklang eine solche Methode in der Öffentlichkeit finden würde. So ist nun in den Bonner Gesprächen das Wort "Koordinierungs-Ministerium" aufgetaucht, übrigens im Zusammenhang mit dem Vorsitzenden der DP Hellwege. Dieser Begriff ist eine sehr unzulängliche Tarnung des verpönten Ministeriums ohne Geschäftsbereich und niemand wird sich durch diese sprachliche Wendung über ihren eigentlichen politischen Zweck täuschen lassen, einen Mann aus rein parteipolitischen Erwägungen in die Regierung zu nehmen, der sachlich dort nichts zu tun hat. Das Koordinieren in einer Regierung ist Aufgabe ihres Chefs, also im vorliegenden Falle des Bundeskanzlers. Die Ereignisse in der letzten Zeit können allerdings Zweifel in die besondere Eignung

13. September 1949

Dr. Adenauers auf diesem Gebiet aufkommen lassen. Er hat sich weniger als ein Mann des Ausgleichs, ebenso der Koordinierung, als eine Persönlichkeit erwiesen, die es versteht, sehr bestimmte Wünsche sehr bestimmt zu äussern, der mit Ungeduld erwartet, dass sie ohne Vorbehalt erfüllt werden, wobei es ihm freilich mehrfach passierte, dass er mit dieser Politik nicht durchkam. Der sichtbarste Fall dafür war in jüngster Vergangenheit die Wahl seines intimen Gegners aus dem eigenen Lager, des Ministerpräsidenten Arnold zum Präsidenten des Bundesrates.

Die gegen Dr. Adenauer gerichteten Widerstände innerhalb seiner politischen Gefolgschaft sind nun keineswegs erlahmt, trotz des Erfolges seiner Politik bei der Ernennung des Bundespräsidenten. Das wird aus jedem der in Bonn geführten Gespräche deutlich. Die bayerischen Wünsche nach einer stärkeren Unabhängigkeit von der norddeutschen, sozusagen altpreussischen, Zentralinstanz in Bonn, vor allem soweit sie durch Herrn Adenauer verkörpert wird, bestehen unverändert fort. Daneben bleibt der Kreis um den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen auf dem Posten, in dem der Pressechef, Ministerialdirektor Katzenberger, eine besonders motorische Kraft darstellt. Dort hatte man lange damit gerechnet, die SPD werde das Bemühen dieser Richtung um eine etwas grössere Selbständigkeit in ihrem eigenen politischen Verband fördern. Das ist durch die einhellige sozialdemokratische Überzeugung von der Notwendigkeit einer ungeschränkt klaren Oppositionsstellung nicht möglich geworden und es wird niemand einer so grossen Partei wie der SPD ernsthaft zumuten wollen, dass sie solchen, nach reiflicher Überlegung gefassten Entschluss um der taktischen Vorteile einer bestimmten Gruppe in der eigentlichen Gegenpartei der Sozialdemokratie, aufgibt oder auch nur wesentlich korrigiert.

Jene Politiker, die, obwohl sie zur CDU gehören, mit den Methoden Dr. Adenauers immer unzufriedener werden, werden zunächst die Erfahrungen sammeln müssen, zu denen sie nach sozialdemokratischer Auffassung unausweichlich im näheren Umgang mit der Regierungspraxis des voraussichtlichen Bundeskanzlers kommen müssen. Das mag für sie bitter sein, aber es ist eine Folge der Tatsache, dass sie sich von vornherein so weitgehend in die Hände der ausgesprochen konservativen, um nicht zu sagen reaktionären Führung der CDU begaben, deren harter Griff ihnen jetzt immer lästiger wird.

Die russische Spionageoffensive

Von Kurt Kaiser-Blüth (Paris)

Die bolschewistische Spionage läuft zur Zeit auf vollen Touren. Sie ist fieberhaft an der Arbeit, die schwachen Stellen des Gegners zu ertasten, um durch politische wie finanzielle Beeinflussung so viele Positionen und Zellen wie möglich im Rücken der feindlichen Front zu bilden.

Natürlich steht auch der Balkan im Trommelfeuer dieser Aktion. Ich habe kürzlich während eines Aufenthaltes in Jugoslawien festgestellt, mit welcher zielbewusster Vehemenz die sowjetischen Agenten daran gehen, die Widerstandskraft Titos auszuhöhlen. Aber auch in Griechenland versuchen russische Agenten alles, um durch ihren weitverzweigten Erkundungsdienst die amerikanische Aktivität im Lande zu paralyisieren. In Saloniki sind dreissig Agenten verhaftet worden, die fünf verschiedenen Nationalitäten angehörten. Sie alle standen im Dienste des russischen Spionagedienstes und waren im Besitz ungewöhnlich hoher Geldmittel, darunter von Pfund- und Dollarnoten, die in die Zehntausende gingen. Zwei dieser Agenten besaßen auch grosse Mengen gefälschter Dollarscheine.

Bulgarien ist ein den Sowjets eng befreundetes Land. Trotzdem kontrollieren die Russen die Bulgaren mit äusserstem Misstrauen. Die mehrfachen brutalen Reinigungsaktionen der letzten Zeit sind auf Anordnung der russischen Kontrollstellen erfolgt, die in einer so offenen und rücksichtslosen Form die bulgarische Regierung bevorzuden, dass der Begriff der staatlichen Unabhängigkeit nur mehr eine reine Fiktion ist. Die diplomatische Vertretung in Sofia ist in Wahrheit eine gigantische Spionage- und Kontrollzentrale, die in ihren schwarzen Listen Tausende "verdächtigter" Bulgaren führt.

In Rumänien ist die Situation ähnlich und Anna Pauker, der Aussenminister Rumäniens, hat vor 14 Tagen zusehen müssen, wie die russischen Geheimpolizisten fünf ihrer näheren Mitarbeiter aus den Büros holten, ohne den rumänischen Regierungsstellen auch nur die geringste Mitteilung zukommen zu lassen. Anna Paukers privater Schreibtisch ist in ihrer Abwesenheit zweimal von sowjetischen Agenten erbrochen worden.

Schlimmer noch als auf dem Balkan wühlt die kominformistische

Spionage in der russischen Zone Österreichs. In Wien hatte ich jüngst im internationalen Sektor ein sehr bezeichnendes Erlebnis. In einem Musikeafe näherte sich mir ein Mann, der deutsch mit einem ausgesprochen slawischen Akzent sprach. Er versuchte in so plumper Form mit mir vertraut zu werden, dass ich sofort über seinen Auftrag im Bilde war. Der Agent bemühte sich, ein politisches Gespräch zu beginnen und mich über meine Absichten in Wien auszufragen. Ich schüttelte ihn höflich, aber bestimmt ab. Er liess nicht locker, ohne aber Erfolg zu haben. Als er ging, folgte ich ihm. Zwei Strassen weiter stieg er in einen Militärwagen ein.

Ein aus Prag auf abenteuerliche Weise geflüchteter tschechoslowakischer Funktionär hat mir in Innsbruck erklärt, dass die Republik von russischen Agenten geradezu überschwemmt sei. Jedem Funktionär in der tschechischen Geheimpolizei seien sowjetische Kontrollorgane übergeordnet, und er gab Zahlen über die von der russischen Regierung und dem Kominform ausgeworfenen Summen für die vielfachen Zweigstellen des russischen Spionagenetzes. Das Budget ist im letzten Jahr um das Dreifache gesteigert worden und rangiert heute an dritter Stelle im Haushaltsplan der Sowjetunion.

Zahlreiche Hilfsorganisationen der kommunistischen Parteien der westlichen Länder, die unter sehr harmlosen und neutralen Titeln auftreten, nähren sich aus den Geheimfonds des Kominform und des russischen Spionagedienstes. Die beiden Hauptziele dieser umfassenden Demoralisierungskampagne sind: der Diebstahl militärisch wertvoller Geheimdokumente über moderne Waffen jeder Art, sowie die moralische Entwaffnung des Gegners durch einen planmässigen "Defaitismus" in den breiten Massen und - dies in erster Linie - in der Armee.

* * * *

SPD-Frauen bedauern...

Briefe an die Kardinäle Frings und Faulhaber

sp. Auf der Tagung des Ausschusses für Frauenfragen der SPD am 11. September in Köln wurde zu den August-Wahlen Stellung genommen.

Es wurde beschlossen, an die Kardinäle Frings und Faulhaber ein Schreiben zu richten, in dem im Namen der sozialdemokratischen Frauen, unter denen sich gläubige Katholikinnen und Protestantinnen befinden,

bedauert wird, dass von einem Teil des katholischen Klerus die Kirche zur Wahlpropaganda für die CDU missbraucht wurde.

Der Frauenausschuss beschloss ferner, die SPD-Bundestagsfraktion aufzufordern, sich getreu den Dürkheimer Beschlüssen vordringlich

für eine Senkung der Lebenshaltungskosten einzusetzen. Ebenso fordert der Frauenausschuss die Fraktion auf, darüber zu wachen, dass die

grosse Reformarbeit für die rechtliche Gleichstellung der Frau, begonnen durch das Mitglied der SPD-Fraktion des Parlamentarischen Rates,

Frau Dr. Elisabeth Selbert, so schnell wie möglich in Angriff genommen wird. Der Ausschuss beauftragte Frau Dr. Selbert die dafür notwendigen

Vorarbeiten zu leisten.

Im Zusammenhang damit soll die Fraktion so schnell wie möglich das bereits im Wirtschaftsrat angenommene, aber vom Länderrat und der

Militärregierung nicht bestätigte Gesetz über Grundsätze der Lohnregelung einbringen, das den Frauen den gleichen Lohn für gleiche Arbeit

und Leistungen sichert.

Das gleiche gilt für das von der CDU-Mehrheit im Wirtschaftsrat abgelehnte Gesetz über günstigere Arbeitsbedingungen. Nur durch eine

fortschrittliche Gesetzgebung und Wirtschaftsplanung könnten, so heisst es in dem Beschluss, ansteigende Arbeitslosigkeit und Massenverelendung

verhindert werden.

(b/El/139/2/hs)

* * * *

Führender indischer Sozialist in Deutschland.

sp. Zur Zeit weilt einer der führenden Sozialisten Indiens, Dr. Ramanoha Lohia, zum Besuch des Parteivorstandes der SPD in Hannover. Zweck seiner Reise ist, Informationen über die europäische Situation einzuholen und mit den Sozialisten, vor allen Dingen Deutschlands, Fühlung zu nehmen. Dr. Lohia ist der Meinung, dass Indien und Deutschland ähnlich gelagerte Probleme hätten. Auch Indien habe ca. 12. Millionen Flüchtlinge zu versorgen und unter den Folgen des indischen Bürgerkrieges ähnlich wie Deutschland noch Jahrzehnte zu leiden.

Die indischen Sozialisten gründeten ihre Partei vor 14 Jahren und schieden nach dem Tode Ghandis aus der Kongresspartei aus, mit der sie nur das gemeinsame nationale Ziel der Befreiung von der englischen Vormundschaft verbunden hatte. Sie sind erst seit 1 1/2 Jahren eine selbständige Partei. Bisher hat diese Partei nicht Gelegenheit gehabt, ihre wahre Bedeutung für Indien zu demonstrieren. Allgemeine Wahlen zum Kongress haben noch nicht stattgefunden. Doch haben die Nachwahlen, z.B. in Bombay, den Sozialisten einen Stimmenanteil von 25 bis 30 % gebracht, der sich infolge des Mehrheitswahlsystems allerdings nicht in Mandaten ausdrücken konnte. Man rechnet aber damit, dass allgemeine Wahlen den Sozialisten einen gleichen Prozentanteil an Kongressmandaten einbringen dürften. (z/3/139/2/hs)